

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Westpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorlastraße 25.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt III, 5246.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidegasse.
Redaktionsschluß: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zelle. Beilagen nach Ueberreinkunft.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Der Stand der Unternehmerorganisationen. Rundschau. Wirtschaftliche Monatschau. Von der Kampfeskaktil des Unternehmertums, I. Eine Aufgabe der Arbeitersausschüsse. — **Allgemeines:** Die Bildungsarbeit der Berliner Filialen, IV. Zum Streik in Oera. Die Arbeitlosenunterstützung der graphischen Gewerkschaften Großbritanniens. Ortsbericht: Saalfeld. — **Der Lithograph:** Die Lithographin, I. Aus den Sektionen: Leipzig. Photograph. Mitarbeiter: Die Berufskrankheiten der Photographen. — **Feuilleton:** Moderne Arbeiter-Wohnungskunst. Vom Bücherisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Gesperrt.

Nordamerika. In der Firma Albertype Co. (Inhaber A. Wittman) Brooklyn, New York sind wegen Nichtbewilligung einer Arbeitszeitverkürzung Differenzen ausgebrochen. Das ganze Personal hat die Arbeit eingestellt. Die Firma wird wahrscheinlich Ersatzkräfte unter den Lichtdruckern Deutschlands anzuwerben versuchen. Kein Kollege darf auf die Angebote der Firma eingehen.

Der Stand

der Unternehmerorganisationen.

Als eine ihrer vornehmsten Aufgaben muß sich die Gewerkschaftspresse die Beobachtung der Entwicklung der Unternehmerorganisationen und ihrer Einrichtungen stets angelegen sein lassen. Ueber die Ergebnisse dieser Beobachtungen muß sie ihre Leser zur gegebenen Zeit unterrichten, um in den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder über alle wichtigen Vorkommnisse im Lager der wirtschaftlichen Gegner der organisierten Arbeiterschaft Klarheit zu schaffen und eine möglichst genaue Beurteilung der Positionen des organisierten Unternehmertums zu ermöglichen. Diese zeitweilige Beleuchtung der gegnerischen Stellung und die dadurch verbreitete Klarheit über die Stärke und die Machtmittel des organisierten Unternehmertums tragen zweifellos, wenn die richtigen Nutzenwendungen daraus gezogen werden, ein gut Teil zur Stärkung und Festigung der Position der Gewerkschaften im wirtschaftlichen Kampfe bei.

Kürzlich hat nun das Kaiserliche Statistische Amt im »Reichsarbeitsblatt« die Ergebnisse einer neuen statistischen Erhebung über die Stärke der Unternehmerorganisationen im Deutschen Reiche zu Beginn des Jahres 1911 veröffentlicht, die zur Ergänzung unserer im vorigen Jahrgang der »Gr. Pr.« veröffentlichten Angaben hier mitgeteilt werden sollen.

Nach dem »Reichsarbeitsblatt« wurden Anfang 1911 im ganzen 93 Reichsverbände, 474 Landes- oder Bezirksverbände und 2361 Ortsverbände festgestellt, das sind insgesamt 2928 Unternehmerorganisationen, oder 9 Reichs- und 306 Ortsverbände = 315 Organisationen des Unternehmertums mehr, wie nach der vorjährigen Erhebung des Kaiserlichen Statistischen Amtes ermittelt wurden. Von sämtlichen 2928 Verbänden haben aber nur 1929 Angaben über die Zahl ihrer Mitglieder und 1351, darunter allerdings die größten und wichtigsten, über die Zahl der bei den Mitgliedern beschäftigten Arbeiter gemacht; darnach wurden 127424

Mitglieder oder 12329 mehr als im Vorjahre und 402744 beschäftigte Arbeiter oder 172760 mehr als nach der vorletzten Erhebung festgestellt. Doppelzählungen von Mitgliedern und beschäftigten Arbeitern wurden soweit als möglich vermieden.

Alles in Allem ist zu bemerken, daß die Zahl der bei den Mitgliedern von Unternehmerverbänden beschäftigten Arbeiter mit mehr als 4 Millionen beträchtlich größer ist wie die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im Deutschen Reiche, die Anfang 1911 rund 2,3 Millionen betrug. Das muß für die Arbeiterschaft eine dringende Mahnung zur regsten Werbearbeit für die Gewerkschaften sein. Als erfreuliche Tatsache kann festgestellt werden, daß die Zunahme der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im vorigen Jahre um rund 12000 größer war wie die der Zahl der Arbeiter, die bei organisierten Unternehmern beschäftigt sind. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften stieg nämlich von 1832667 im Jahresdurchschnitt 1909 auf 2017298 im Jahresdurchschnitt 1910, also um 184631, während die Zahl der bei organisierten Unternehmern beschäftigten Arbeiter, wie erwähnt, von Anfang 1910 bis Anfang 1911 nur um 172760 gestiegen ist.

Von sämtlichen Unternehmerverbänden entfielen Anfang 1911 auf das polygraphische Gewerbe 6 Reichs-, 49 Landes- oder Bezirks- und 74 Ortsverbände, das sind insgesamt 129 Organisationen. In diesen waren 5468 Unternehmer organisiert, 83 Mitglieder weniger als im Vorjahre. Auch die Zahl der bei den Mitgliedern beschäftigten Arbeiter ist gegen das Vorjahr zurückgegangen, und zwar um 3639; sie betrug Anfang 1911 75656 gegen 79295 am Beginn des Jahres 1910.

In den freien Gewerkschaften des polygraphischen Gewerbes (Buchdrucker, Lithographen und Steindrucker, graphische Hilfsarbeiter, Xylographen und Notenstecher; die Buchbinderei-Organisationen der Arbeiter und Unternehmer werden im »Reichsarbeitsblatt« nicht zum polygraphischen Gewerbe, sondern zur Papierindustrie gezählt) waren im Jahresdurchschnitt 1910 90775 Mitglieder vereinigt. Im Gegensatz zum allgemeinen Verhältnis der Zahlen der Gewerkschaftsmitglieder und der bei organisierten Unternehmern beschäftigten Arbeiter überstieg also im polygraphischen Gewerbe die Zahl der organisierten Arbeiter die Ziffer der bei organisierten Unternehmern beschäftigten Arbeiter ganz bedeutend, und zwar um mehr als 15000. Das darf uns natürlich nicht veranlassen, in unserer Werbetätigkeit zu erlahmen. Als Reichsverbände des polygraphischen Gewerbes werden in der Statistik folgende Organisationen aufgeführt: Deutscher Buchdruckerverein, Sitz Leipzig; Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe, Sitz Berlin; Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer, Sitz Berlin; Bund der chemigraphischen Anstalten Deutschlands, Sitz Berlin; Verband deutscher Lichtdruckereibesitzer, Sitz Berlin; Verband deutscher Schriftgießereien, Sitz Frankfurt a. M.

Unter Zugrundlegung der Gewerbezahlung von 1907 mit Zuschlag eines der Steigerung der Beschäftigtenziffer bis Anfang 1911 ungefähr entsprechenden Prozentsatzes ergibt sich, daß bei den Mitgliedern der Unternehmerverbände des polygraphischen Gewerbes 45 Prozent aller in diesem Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Arbeit standen. Den höchsten Prozentsatz aller Beschäftigten umfassen die organisierten Betriebe der Textilindustrie mit 57, des Bergbaues mit 55 und der Metall- und Maschinenindustrie mit 46 Proz. Die organisierten Betriebe der Nahrungs- und Genußmittelindustrie umfassen 24, des Bekleidungs- und Reinigungsgewerbes 17 und der Holzindustrie 12 Proz. der Gesamtheit aller in diesen Industrien beschäftigten Arbeiter. In den andern Industrien war der Prozentsatz noch niedriger.

Wie in Deutschland so sucht natürlich auch das Unternehmertum anderer Länder seine Organisation zu stärken. Von besonderer Bedeutung für die Arbeiter ist aber das Bestreben der Unternehmerorganisationen verschiedener Länder nach einem festen Zusammenschluß über die Landesgrenzen hinaus. Sie bestätigen damit den Standpunkt des internationalen Proletariats, daß die Menschheit nicht nach Nationen, sondern nach Klassen zu scheiden sei, und daß die Gegensätze zwischen den verschiedenen Klassen eines Landes unüberbrückbar seien, während zwischen denselben Klassen verschiedener Länder von Gegensätzen nicht gesprochen werden könne. Die Unternehmer bestätigen, wie gesagt, durch ihre eigenen Bestrebungen zur Schaffung internationaler Organisationen diesen Standpunkt und handeln darnach, während man die Arbeiterschaft, die ihm nachlebt, der Vaterlandslosigkeit und des Landesverrats zeilt.

Wir haben im vorigen Jahrgang ebenfalls schon einen Ueberblick über die internationalen Organisationsbestrebungen des Unternehmertums gegeben, wobei wir besonders das internationale Inverbindungtreten der Schiffseigenführer, der Unternehmer der Handlungsgärtnerei und der Bauunternehmer besprachen. Inzwischen hat die Internationalität der Unternehmerorganisationen weitere Fortschritte gemacht, wie folgende Tatsachen lehren.

Am 5. Juli fanden Beratungen der Stahlindustriellen aller Welt in Brüssel statt, an denen Vertreter der Eisen- und Stahlwerke aus 10 Industriestaaten Europas und Amerikas teilnahmen. Nach der »Sozialen Praxis« erstreckten sich die Verhandlungen nicht nur auf gemeinschaftliche Wirtschaftsfragen und eine korporative Verständigung über die Preise, die Begrenzung der Absatzgebiete und die Transportfragen, sondern man hat auch die Frage des Arbeitslohnes in die Erörterungen mit einbezogen, wobei unter den 20 Vertretern der deutschen Stahlindustrie besonders der Abgesandte der Kruppschen Werke als Wortführer hervortrat. Wie in den schon genannten Gewerben so wurde also durch diese Tagung auch in der Metallindustrie der Anfang zu

einer internationalen Unternehmerorganisation gemacht.

Beträchtlich weiter ist aber bereits die internationale Verständigung des Unternehmertums über Arbeiterangelegenheiten in einem großen Zweige der Textilindustrie gediehen. Die internationale Vereinigung der Baumwollfabrikanten umfaßt nach der neuesten, im »Textil-Arbeiter« behandelten Statistik bereits in 16 Ländern Betriebe mit insgesamt 77½ Millionen Spindeln. Der Vereinigung sind die Unternehmer in England, Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Italien, Rußland, Schweiz, Spanien, Belgien, Holland, Portugal, Schweden, Dänemark, Norwegen, Indien und Japan angeschlossen; sie umfaßt also fast die ganze Welt.

Wie eifrig speziell die Bauunternehmer, deren internationale Vereinbarungen beim letzten deutschen Bauarbeiterkampf wir bereits mehrfach erwähnten, auf die Festigung ihrer internationalen Beziehungen bedacht sind, lehrt der Umstand, daß im Oktober dieses Jahres bereits der dritte internationale Bauarbeitgeberkongreß abgehalten werden soll, und zwar in Rom. Von besonderem Interesse ist dabei die zur Verhandlung stehende Tagesordnung: 1. Organisation der Arbeitgeber, Streiks, Aussperrungen, Streikversicherung, Tarifverträge. 2. Einschränkung der Arbeitszeit und deren Einwirkung auf die Produktivität des Arbeiters und die Höhe des Lohnes. 3. Baugewerbliches Fachschul- und Lehrlingswesen. Es handelt sich also ausschließlich um Maßnahmen gegen die Kulturbestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, mit denen sich dieser internationale Unternehmerkongreß befassen wird.

Eine ähnliche Tagesordnung wird der erste allgemeine Arbeitgeberkongreß für Industrie und Landwirtschaft zu erledigen haben, der Ende September in Turin zusammen treten soll. Das zeigen folgende drei Hauptpunkte: Die Arbeitgeberorganisationen und ihr gegenwärtiger Zustand, Taktik und Aktionen; von den Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeiterverbänden; die Arbeitgeber und die soziale Gesetzgebung.

Zieht man noch in Betracht, daß außerdem eine ganze Reihe von besonderen Abmachungen zwischen den Unternehmerverbänden Deutschlands und denen verschiedener Nachbarländer im Baugewerbe, im Malergewerbe, im Hotelgewerbe usw. bestehen und daß sich zwischen den Unternehmerverbänden Deutschlands, Oesterreichs, der Schweiz und Schwedens sehr enge Beziehungen entwickelten, so ist das gegenwärtige Bild der gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft gerichteten Unternehmerinternationalen ziemlich vollständig. Es ist noch ständig in der Entwicklung begriffen, die sich eher oder später zu einer allgemeinen internationalen Zentralstelle des Unternehmertums verdichten kann. Die Gewerkschaften werden diese Entwicklung aufmerksam verfolgen müssen, um gegen Uebergriffe geschützt zu sein.

Natürlich sucht das Unternehmertum auch seine in den Organisationen herausgebildeten Kampfmittel ständig zu verbessern und zu verschärfen. Wir erwähnen nur die außerordentliche Stärkung ihres Kampffonds, die die deutschen Unternehmerverbände auf einer Mitte Juni abgehaltenen Konferenz, bei der 51 Vertreter der verschiedenen Organisationen anwesend waren, beschlossen haben. Dabei wurden die Beiträge zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen ganz erheblich erhöht. Ferner wurden die Entschädigungssätze neu geregelt. Das bei dieser Gelegenheit entrollte finanzielle Bild war für die weniger bemittelten Unternehmer nicht gerade günstig, da ihnen bisher die Entschädigung oft versagt werden mußte, weil es an genügenden Mitteln fehlte. Durch eine größere Belastung aller Mitglieder der Streikversicherungsgesellschaften will man diesem Uebelstande abhelfen.

Die Unternehmer arbeiten also mit allen Kräften, vollem Eifer und energischer Zähigkeit an dem Ausbau ihrer Organisationen und der Erhöhung der Schlagfertigkeit gegenüber der Arbeiterschaft. Bisher haben aber trotz

allem die Gewerkschaften noch immer erfolgreich für die Hebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter zu wirken vermocht, wie wir auf Grund der statistischen Ergebnisse über die Tätigkeit der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände schon oft ziffernmäßig nachweisen konnten. Wenn die Gewerkschaften und alle ihre Mitglieder ebenso rüstig wie bisher an ihrer weiteren Stärkung, ihrem Ausbau und der Schärfung und Vervollkommnung ihrer Waffen arbeiten, dann werden die Unternehmerverbände zwar die gewerkschaftliche Arbeit erschweren, aber niemals lahmlegen können. Dann werden die Gewerkschaften auch in alle Zukunft ständig und erfolgreich für die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse zu wirken vermögen.

Rundschau.

Die Kampfesresultate der freien Gewerkschaften in den letzten fünf Jahren zeigen diese Organisationen als starke Träger der Kultur und der menschlichen Vorwärtentwicklung. Im Jahresdurchschnitt der Periode von 1906/10 erreichten 65,9 Proz. aller Kämpfenden 4,91 Millionen Mark Lohnerhöhung pro Woche; 0,20 Millionen Mark Lohnverbesserung pro Woche wehrten 2,2 Proz. der Beteiligten ab. Also partizipierten an der Lohnerhöhung 68,1 Proz. aller überhaupt Kämpfenden; 27,7 Proz. aller Beteiligten erzielten 0,32 Millionen Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche; 0,06 Millionen Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Woche wehrten 0,4 Proz. aller Beteiligten ab. Also partizipierten an den Arbeitszeiterfolgen 28,1 Proz. aller Beteiligten! Die Zahl der an allen Kämpfen beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen betrug 1910: 1025571; 1909: 480205; 1908: 576317; 1907: 806265; 1906: 944141. Im Jahre 1906 kämpften von den rund 1,7 Millionen Mitgliedern der freien Gewerkschaften (Jahresdurchschnitt) rund 0,9 Millionen; 1910 waren es von 2,0 Millionen Mitgliedern rund 1,0 Million, die an den Kämpfen beteiligt waren. Für das Jahr 1906/10 ergibt sich eine durchschnittliche Beteiligungsziffer von 41,3 Proz. Wie jämmerlich nehmen sich dagegen die Ergebnisse der christlichen oder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsbewegung aus!

Aus den Handelskammerberichten 1911: *Plauen i. V.* Die Fabrikation von chromolithographischen Plakaten und Etiketten hat wie in den Vorjahren ein günstiges Resultat erzielt. Dieses konnte indes nur durch einen wesentlich gesteigerten Umsatz bei erweiterter Einstellung von Personal und Ausnützung des fortwährend vergrößerten und mit allen Neuerungen der Technik versehenen Betriebes ermöglicht werden. Die Schädigungen durch den Abschuß von für die gesamte Buch- und Kunststoffindustrie ungünstigen Handelsverträgen haben sich auch in der Fabrikation chromolithographischer Plakate und Etiketten geltend gemacht. Insbesondere sei die Konkurrenz auf dem deutschen Markt dadurch außerordentlich groß geworden, daß die bisher vorzüglich für den Export arbeitenden Fabrikanten ihren Absatz nunmehr auch auf dem heimischen Markte suchen müßten. Die Beschäftigung in der Herstellung von Gemälde-Reproduktionen und farbigen Tafeln aller Art für den Kunsthandel und für wissenschaftliche Zwecke war nach einem Bericht aus Zwickau bei normalen Preisen regelmäßig.

Geschäftsergebnisse. Die E. A. Schwerdtfeger & Co. Akt.-Ges. (Luxuspapierfabrik) in Berlin, die 1910 gegründet wurde, legte nunmehr ihren ersten Geschäftsbericht für das am 31. März abgeschlossene Geschäftsjahr vor. Das Unternehmen nahm bereits im April dieses Jahres eine Erhöhung ihres ursprünglich auf 1 Mill. Mk. bemessenen Aktienkapitals um 350000 Mk. zur Erweiterung ihrer Fabrikationsanlagen vor. Der Reingewinn bezifferte sich auf 94076 Mk. Hiervon sollen 4703 Mk. dem Reservefonds, 10000 Mk. dem Delkrederefonds überwiesen, 7 Proz. Dividende ausgeschüttet und 5435 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Ueber die Geschäftslage äußert sich die Verwaltung wie folgt: »Das erste Geschäftsjahr stand im Zeichen einer erheblichen Ausdehnung des Geschäfts, hatte aber in seinem Ertrage unter der ungenügenden Gestaltung der Preise für einen Teil unserer Erzeugnisse zu leiden. Während in unserer Bromsüberabteilung die Preise durch die bestehende Konvention für das ganze Berichtsjahr festgelegt waren, erlitten die Preise unserer chromolithographischen Abteilung lebhaftere Schwankungen. Unsere Umsätze sind gegen das Vorjahr wesentlich gestiegen und hätten noch erheblich höher sein können, wenn wir in der Lage gewesen wären, allen an uns gestellten Lieferungsorderungen gerecht zu werden. Die Einrichtung und der Ausbau unserer Filialen haben unser Unkostenkonto stark belastet, jedoch wäre die Steigerung der Unkosten nicht erheblich höher gewesen, wenn unsere Lieferfähigkeit mit der Absatzmöglichkeit hätte Schritt halten können.« — Die in unseren Kollegenkreisen allbekannte Firma Raphael Tuck & Sons, Akt.-Ges. in London, die vor nunmehr 10 Jahren aus einem Privatunternehmen hervor-

ging, verteilte in den ersten sechs Jahren stets 8, im siebenten 6, im achten 5, im neunten und jetzt im zehnten 6 Proz. Dividende, von denen 2½ Proz. als Zwischendividende vor einem halben Jahre an die Aktionäre ausgeschüttet wurden. Das Ergebnis übersteigt das des Vorjahres um 3000 Lstr. 2500 Lstr. konnten den Rücklagen überwiesen werden, die damit auf 79000 Lstr. anwachsen und fast ganz in mündelsicheren Papieren angelegt sind. Im Geschäftsbericht wird betont, daß den Kernpunkt des Geschäfts immer noch die Glückwunsch- und Festkarten bilden, bei denen vor allem auf regelmäßigen, stets bleibenden Absatz zu rechnen sei. In dieses Lob könnten sich die Ansichtskarten teilen, die allmählich die ganze Welt erobert hätten. Der gleichen Beliebtheit erfreuen sich die Kalender, Bilderbücher, Kinderspiele, Wandschmuck, Gedichtsammlungen, Malvorlagen, Märchenbücher usw. Letztere sind allerdings für Geschmack und Empfinden englischer Kinder berechnet. Aber die Firma schmiegt sich den Wünschen, den Anschauungen und der Vorstellungswelt jedes Landes mit ihren Erzeugnissen an.

Aus der Tapetenindustrie. Das »Berliner Tageblatt« berichtet über die am 31. Juli abgehaltene Generalversammlung der Tiag, in der 4981 Stimmen vertreten waren, folgendes: Sie genehmigte die mit einem Ueberschuß von 294658 Mk. abschließende Jahresrechnung. Der Ueberschuß wird auf neue Rechnung vorgetragen, weil — wie der Vorsitzende mitteilte — im laufenden Jahre noch eine Reihe von Abschreibungen vorzunehmen sein wird. Falls nicht außerordentliche Umstände eintreten, dürfte man hoffen, im Laufe von zwei bis drei Jahren das Projekt, das die gegenwärtige Verwaltung der Tiag sich gestellt habe, durchführen zu können. Es sei per 1. Juli d. J. eine Berechnung aufgestellt, nach der die Bankschulden 3535596 Mk., die sonstigen Verbindlichkeiten 381182 Mk. und damit die gesamten Passiven 3916749 Mk. betragen. Die Aktiven setzten sich am 1. Juli wie folgt zusammen: Kasse, Wechsel und Bankguthaben 282498 Mark, Außenstände bei Warenschuldnern 972491 Mark, Vorräte 226105 Mk., Beteiligungen 455313 Mark, zusammen betragen die Aktiven 1936408 Mk. Es bleiben per 1. Juli noch 1980340 Mk. zu decken. Diesem Betrage stehen gegenüber Forderungen für Waren an Tiag-Werke 2212801 Mk. und für Maschinen 1296755 Mk. Die Erwartungen, die die Verwaltung an die Neuorganisation knüpfte, hätten sich voll bewährt und die Gesellschaft werde sämtlichen Gläubigern in kürzester Zeit gerecht werden können. Die einzelnen Werke der Tiag arbeiteten zurzeit durchaus zufriedenstellend; das einzige Werk, das keine Rente abwarf, sei das Werk Beuel; das Werk hatte einen größeren Betrag an die Tiag zu zahlen. Im laufenden Jahre fällt diese Zahlung fort und Beuel werde auch eine Rente zahlen können. Die Tiagwerke seien zurzeit enger zusammengeschlossen als je zuvor, sie tauschten gegenseitig ihre Erfahrungen aus. Gegen Ausführungen in der Öffentlichkeit sei ausdrücklich festzustellen, daß die »Tiag« nicht »auseinandergegangen« sei. Wenn die Tiag früher keine günstigen Resultate hatte, so sei das darauf zurückzuführen, daß die Tapetenindustrie sich zu einem solchen Zusammenschluß nicht eignete und der Bau der Tiag finanziell vielleicht nicht ganz korrekt war und insbesondere auch die Kosten für die gesamte Verwaltung recht hoch waren. Es wurde sodann eine Aenderung der Satzungen dahingehend besprochen, daß dem Aufsichtsrat rückwärtend für das Geschäftsjahr 1910/11 und für die Zukunft eine feste jährliche Vergütung von 15000 Mark gezahlt wird.

Kollege Karl Hermann Süß, Steindruckert aus Schlettau, zurzeit in Frankfurt a. M., erklärt, um weiteren an ihn gerichteten Zuschriften vorzubeugen, daß er mit dem in Nr. 29 der »Gr. Pr.« gesuchten Steindruckert Karl Richard Süß nicht identisch ist, da es sich um den 56jährigen bekannten Arbeitswilligen Süß handelt.

Der Arbeitsmarkt im Juni hat sich, wie das »Reichs-Arbeitsblatt« Nr. 7 mitteilt, nach den Berichten auf der Höhe des Vormonats gehalten, einige große Gewerbe weisen jedoch einen Rückgang auf. Auf dem Ruhrkohlenmarkte hat die mit der wärmeren Jahreszeit zusammenhängende kleine Abschwächung angehalten, die auch im rheinischen Braunkohlenbezirke sich bemerkbar machte. Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier, in dem der Streik im Berichtsmonate noch anhält, kann eine Veränderung nicht festgestellt werden. Befriedigend war der Geschäftsgang im oberschlesischen Steinkohlenbergbau und in der Maschinenindustrie. Die Beschäftigung im niederschlesischen Steinkohlenbergbau ließ viel zu wünschen übrig. Das Kali-Syndikat bezeichnet den Geschäftsgang als mäßig. Die Baumwollspinnereien und die Tuchindustrie waren mit wenigen Ausnahmen schlecht beschäftigt. Eine weitere Belebung zeigt das Baugewerbe, und einen flotten Geschäftsgang meldet die elektrische und chemische Industrie. — Von den 1947441 Mitgliedern der 53 Fachverbände, die über die Arbeitslosigkeit berichteten, waren Ende Juni 1911 1,6 Proz. arbeitslos, das ist derselbe Satz wie Ende Mai 1911. Ende Juni 1910 betrug die Arbeitslosigkeit noch 2,0 Prozent, so daß gegenüber dem Vorjahre eine Besserung zu beobachten ist.

Die Arbeitslosigkeit im polygraphischen Gewerbe stand im Juni nach den Mitteilungen des »Reichs-Arbeitsblattes« wie folgt:

Getreide zurückgreifen lassen. Das Wetter der jüngsten Vergangenheit läßt also leider auch für die Zukunft nichts Günstiges erwarten.

Nach M. Schippels »Wirtschaftl. Rundschau«.

Von der Kampfeskunst des Unternehmertums.

Wir wissen, daß die Haltung der einzelnen Unternehmergruppen gegenüber den gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiter keineswegs gleich ist; wir wissen, daß verschiedene Unternehmerkategorien jede Forderung und jedes Unterhandeln mit den Arbeiterorganisationen schroff ablehnen, während andere ein gewisses Entgegenkommen zeigen und bereit sind, Streitigkeiten bezüglich des Arbeitsverhältnisses gemeinsam mit den Verbandsvertretern zu erledigen. Für die einen haben wir den wenig schmeichelhaften Namen »Scharfmacher« zur Hand, während wir von den anderen sagen, sie seien mit einem größeren oder geringeren Quantum »sozialer Einsicht« behaftet. Ein Irrtum wäre es nun, wollte man diese soziale Einsicht auf das gute Herz der einen, die scharfmacherischen Neigungen auf die brutale Veranlagung der Angehörigen der anderen Unternehmergruppe, also auf die Psyche der einzelnen Kapitalisten zurückführen; die unterschiedliche Haltung dieser Gruppen im Wirtschaftskampfe wäre dann nur dadurch zu erklären, daß man annimmt, der glückliche Zufall habe in der einen Industrie Unternehmer mit scharfmacherischen Neigungen, in der anderen mit sozialer Einsicht ausgerüstete Kapitalisten zusammengeführt.

In Wirklichkeit ist die Haltung des Unternehmertums gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen vornehmlich der Reflex ihrer Aussichten im Wirtschaftskampfe, die wiederum bestimmt werden durch die Verhältnisse des gesamten Wirtschaftslebens und die Produktionsbedingungen der einzelnen Industriezweige; ändern sich diese Verhältnisse, dann wechselt auch die Stimmung der betreffenden Kapitalistengruppe. Das bedeutet weiterhin, daß die Entwicklung des Kapitalismus allein maßgebend ist für die Zukunft der Wirtschaftskämpfe. Wer also die Haltung einer Unternehmerkategorie verstehen und ihre Tragweite abschätzen will, ist genötigt, die Produktionsbedingungen des betreffenden Gewerbes sowie ihren Einfluß auf die Stimmung des Unternehmertums zu studieren. Je gewaltiger und folgenschwerer die Gewerkschaftskämpfe sich gestalten, je mehr die Verantwortung der Führer und Ratgeber der Klassen wächst, je notwendiger wird sie dadurch, daß die Unternehmer mehr und mehr zu Angreifern im wirtschaftlichen Kampfe werden und dadurch die Arbeiterorganisationen zwingen, ihre Schritte der Taktik der Unternehmer anzupassen.

Zur näheren Erklärung der Kräfte, die die Haltung des Unternehmertums beeinflussen, sei es gestattet, einige Beispiele aus der Industrie Deutschlands und ihrer Ausbeuter zu geben.

Als Musterbeispiele sozial einsichtiger Unternehmer schätzt man die Mehrzahl der deutschen Buchdruckereibesitzer. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß sie seit der Zeit, da die Buchdruckergewerkschaft zu achtunggebietender Größe gediehen ist, gegenüber den Gehilfenforderungen, die sich ja in bescheidenen Grenzen halten, ein auffallendes Entgegenkommen zeigen. Die Stärke der Gewerkschaft ist es natürlich in erster Linie, was die Unternehmer zur Nachgiebigkeit zwingt. Aber sie ist es keinesfalls allein, denn in anderen Industriezweigen schlägt man auch starken Verbänden gegenüber einen weit schrofferen Ton an und drängt wohl gar zum Kampfe. Es müssen also andere Gründe die Haltung der Druckherren mitbestimmen.

Im Buchdruckgewerbe überwiegen ohne Zweifel die Zeitungsunternehmen sowohl an Zahl als an Umfang der einzelnen Betriebe; ihre Interessen dürften für das Auftreten der Buchdruckerunternehmer wesentlich mitbestimmend sein. Das Rückgrat der übergroßen Mehrzahl der kapitalistischen Zeitungsunternehmen ist das Inseratenwesen. Inserataufträge aber sind Aufträge ganz besonderer Art: ihre Ausföhrung duldet keinerlei Aufschub; die Anwendung einer Streikklausel, die sonst so gute Dienste leistet, ist hier unmöglich. Sie sind die Eintagsfliegen im Wirtschaftsleben; der Auftraggeber hat an ihnen meist nur Interesse, wenn sie sofort erscheinen. Der Verlust an Inserataufträgen, der durch eine Arbeits einstellen entsteht, ist unerblicklich. Unangenehm muß dem Unternehmertum ferner das Aussehen sein, was das Nichterscheinen der Zeitungen in der Öffentlichkeit erregt. Das Interesse der Gesamtbevölkerung ist bei einem Buchdruckerstreik sofort rege, die Frage nach den Gründen sofort in aller Munde. Da ist es für die Unternehmer immer peinlich, wenn das Publikum erfährt, daß sie bescheidenen Arbeiterforderungen wegen einen großen Konflikt heraufbeschworen haben. Besonders unangenehm ist es aber, daß die Öffentlichkeit diese Aufklärung aus der sozialistischen Arbeiterpresse holen muß. Die Arbeiterpresse wird überhaupt in der Lage sein, das Lesepublikum während der Streikzeit zu bedienen, was die für die kapitalistischen Zeitungsunternehmen unbenutzbar Folge haben kann, daß sich breite Schichten ihrer Kunden dabei an das Leben der sozialistischen

Presse gewöhnen. Somit käme zum Inseratenverlust der Abonnentenschwund. Diese Bedenken müssen die Buchdruckunternehmer milde stimmen gegenüber den bescheidenen Forderungen der gut organisierten Gehilfen. Die Situation des Buchdruckgewerbes dürfte allerdings einzig dastehen in der Industrie. Vielleicht bildet sich mit der Zeit für die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie und die Handlungsgewerkschaften durch Erstarkung der Produktiv- und Konsumgenossenschaften eine ähnliche Situation heraus.

Eine der Haltung der Druckherren genau entgegengesetzte Stellung zu den Arbeiterforderungen finden wir bei dem Unternehmertum im Bergbau und in der Hüttenindustrie. Hier steift die Monopolstellung des kartellierten Unternehmertums, die es gestattet, die Produktion ohne dauernden Schaden eine Zeit lang ruhen zu lassen, den Ausbeutern den Rücken. In gleicher Richtung wirkt die Möglichkeit, ungelernete Arbeiter aus den entlegensten Winkeln Europas heranzuziehen und zu beschäftigen. Dadurch werden die Arbeiterverbände gezwungen, ihre Hauptkraft auf die Aufklärung und Organisation dieser Ausländer zu verwenden; jeder neue Transport wirft sie wieder eine Strecke zurück. Dazu kommt die großartigste Anwendung des bekannten Wohlfahrtsschwinds, die auch nur diesen Großunternehmern und ähnlichen Riesenausbeutern möglich ist, denn große Geldmittel und weitgehende Betriebskonzentration sind die Voraussetzungen dafür.

Überhaupt ist die ständig zunehmende Konzentration des Kapitals von großer Bedeutung für die Taktik des Unternehmertums. Beherbergt ein Industriezweig nur eine niedrige Zahl von Kapitalmagnaten, dann vollzieht sich der Zusammenschluß in Kampfverbände schon allein infolge dieser niedrigen Zahl leichter als in Gewerben mit geringer Kapitalkonzentration. Dazu kommt aber noch, daß die Leiter großer Betriebe ohne Zweifel einen weiteren Blick für die Interessen der Gesamtheit der Unternehmer haben als der kleine Krämer mit seinem Konkurrenzfeld. Vor allem aber gestattet dem Großunternehmer seine größere Kapitalkraft eine andere Haltung im Wirtschaftskampfe: sie gibt ihm die Kraft, den Kampf aufzunehmen und zur Ausspernung zu schreiten, während über dem Kopfe des kleinen oder mittleren Unternehmers bei längerem Kampfe bald der Pleitegeier schwebt. Hat daher das Großunternehmertum die Macht in einem Unternehmerverband, dann wird seine Taktik weit brutaler, sein Vorgehen weit rücksichtsloser sein, als wenn mittlere und kleine Betriebe überwiegen. Das Interesse dieser am Niederkämpfen der Gewerkschaften ist zwar größer als beim Großunternehmertum, denn sie haben die Macht der Arbeiterverbände viel mehr zu fürchten, aber ihre Kraft ist zu gering, sie vermögen für den Kampf nur geringe Opfer zu bringen. Sie werden daher den offenen Kampf gegen eine starke Gewerkschaft, wenn irgend möglich, meiden und auf andere Mittel zur Bekämpfung der Arbeiter sinnen, wie wir noch sehen werden. Vor allem entschließen sie sich verhältnismäßig selten zur Ausspernung; sie überlassen fast immer den Angriff den Arbeitern.

Aber nicht nur den Zusammenschluß in Kampfverbänden fördert die Konzentration des Kapitals, sondern, wie bekannt, auch die Bildung der Kartelle. Angeblich haben sie keinen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen, in Wirklichkeit ist ihr Einfluß jedoch sehr groß, denn in einem straff kartellierten Industriezweig wird auch der Zusammenhalt der Unternehmer in ihrem Kampfverbände fester. Die Gefahr der Schädigung durch Außenseiter im wirtschaftlichen Kampf geringer sein, was wieder einen Grund mehr bedeutet, sich gegenüber Arbeiterforderungen taub zu stellen. Sodann wirken die Kartelle, besonders der Rohstoffindustrien nicht allein auf die Haltung der in ihnen vereinigten Unternehmer, sondern auch vielfach auf das Verhalten ihrer Abnehmer gegenüber den Arbeitern. Die Kartellierung stößt in der Fertigungindustrie recht häufig auf allerlei Schwierigkeiten, ein Abwälzen der durch die kartellierten Rohstofflieferanten erzielten Erhöhung der Rohstoffpreise auf die Kundschaft ist also nicht immer möglich. In solchem Falle wird das Unternehmertum dieser Industriezweige immer versuchen, den verlorengegangenen Profit aus den Arbeitern herauszupressen. Weite Kreise der Metallindustriellen dürften sich in dieser Lage befinden. Wichtiger aber ist, daß geschlossene Kartelle der Rohstofflieferanten die Anwendung der jetzt modern gewordenen Waffe der Materialsperrung bedeutend erleichtern. In dieser Beziehung kann auch der wachsende Einfluß der großen Banken auf das Industriekapital von Bedeutung für die Haltung der Unternehmer im wirtschaftlichen Kampfe sein. Hat eine Bank Anteil an den Betrieben der Rohstoffindustrie und zugleich an denen der Rohstoffe verbrauchenden Gewerbe, was nicht selten der Fall sein dürfte, dann wird sie im Falle eines Arbeitskampfes in der letzteren nicht zögern, ihren Einfluß auf die Rohstofflieferanten zugunsten der Materialsperrung auszunutzen, um so den Widerstand der im Kampfe stehenden Verbraucher der Rohstoffe zu stärken.

Eine Aufgabe für die Arbeiterausschüsse.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Arbeiterklasse innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft gezwungen wird, sowohl relativ als auch absolut die meisten Steuern aufzubringen. Die Ursache dafür finden wir zunächst in dem weit ausgebauten System der indirekten Steuern. Aber auch unter den direkten Steuern hat der Arbeiter bei weitem mehr zu leiden als der Unternehmer, oder überhaupt jeder Angehörige der besitzenden Klasse. Denn die Steuergrenzen sind viel zu niedrig gezogen, sodaß der Arbeiter schon ein Einkommen versteuern muß, das noch nicht einmal zur notdürftigen Fristung seines Lebens reicht, geschweige denn zu einem menschenwürdigen Leben. Beginnt doch in Reuß a. L. das versteuerbare Einkommen bereits mit 150 Mark!

Zudem kann auch der Arbeiter nicht das vom Kapitalisten so viel angewandte Hilfsmittel der Verschleiertei in Anwendung bringen. Ueber dem Einkommen des Arbeiters schwebt nicht das Geheimnis, wie über dem des Unternehmers. Bei letzterem hängt die Angabe des Einkommens von seinem mehr oder weniger guten Willen, von seiner Ehrlichkeit ab. Das Kapitaleinkommen ist ebenso schwer zu kontrollieren, wie das Einkommen aus der Grundrente. Gibt es doch, wie besonders aus den Steuerdiskussionen zu ersehen war, besondere Büro's, die die Einschätzungen, vor allem für Agrarier, besorgen. Zu viel hat wohl auf Grund dieser Einschätzungen noch kein Agrarier gezahlt!

Derartige Manöver kann und darf nun freilich der Arbeiter nicht versuchen. Denn je weniger die Steuerbehörden das Einkommen des Unternehmers kontrollieren können, umso mehr ist der Verdienst des Arbeiters kontrollierbar. Selbst dort, wo der Arbeiter eigenhändig deklariert, können die Steuerbehörden stets die Deklarationslisten, die seitens der Unternehmer für die Arbeiter angefertigt werden, dagegen stellen. Der Arbeiter wäre sofort ertappt, wenn er wirklich den Gedanken hegen würde, sein Einkommen niedriger anzugeben. Er wird also von vornherein darauf verzichten. Er wird, wenn auch mit einigem Murren, dem Klassenstaate seinen Tribut zollen, sobald er nur seinem wirklichen Einkommen entspricht. Leider ist dem nicht immer so. Die Unternehmer, die den Steuerbehörden die Deklarationslisten zustellen, gehen oftmals recht leichtfertig bei der Aufstellung dieser zu wege. Entweder machen sie sich das Deklarationsgeschäft sehr leicht, oder sie verwenden es sogar zu kleinteiligen Schikanierungen gegenüber mißliebigen Arbeitern.

Wie berechnet der Unternehmer in vielen Fällen das Gesamteinkommen seiner Arbeiter? Nicht etwa, indem er die 52 Wochenverdienste addiert, sondern indem er z. B. bei Lohnarbeitern einfach den momentanen Wochenlohn mit 52 multipliziert! Diese Berechnungsmethode ist freilich recht einfach, aber eben deswegen um so unrichtiger. Die erzielte Jahreslohnsomme erscheint dadurch relativ hoch, was dem Unternehmer freilich nur willkommen sein wird. Der Arbeiter kann aber durch diesen Berechnungsmodus recht empfindlich geschädigt werden, denn alle Verdienstaufschläge werden ihm so voll in die versteuerbare Summe eingerechnet. Er muß auf diese Weise Steuern zahlen für Lohnsummen, die er garnicht erhalten hat lediglich aus Bequemlichkeit oder Schikane von seiten der Unternehmer. So werden dem Arbeiter die Lohnausfälle, die er aus diversen Versäumnissen meist ohne sein Verschulden erlitten hat, beispielsweise anlässlich von Todesfällen, kleineren und größeren Krankheitsperioden, bei selbstgenommenen Ferien usw., ins versteuerbare Einkommen gerechnet. Ja selbst Einschränkungen des gesamten Betriebs werden oft bei Aufstellung der Deklarationslisten vollständig übergangen. Der Unternehmer freilich wird seinen Ausfall tapfer registrieren, bei den Arbeitern jedoch übersehen er ihn vollständig.

Es ist ohne weiteres klar, daß diese falsche Berechnungsmethode dem Arbeiter leicht 10 oder 15 Mark kosten kann, zumal dort, wo hohe Gemeindesteuerschläge erhoben werden. Schon bei 30 oder 40 Mark Lohnausfall kann das eine ganze Steuerklasse ausmachen, wenn der Unternehmer einfach diese Summe mit anrechnet. So schränkte z. B. ein Unternehmer seinen Betrieb während der Krise ein, indem er generell nur 5 Tage arbeiten ließ. Diese Periode dauerte 20 Wochen. Bei einem Verdienst von 5 Mark pro Tag machte das einen Ausfall von 100 Mk. pro Arbeiter. Da der betreffende Betrieb 250 Arbeiter umfaßt, machte das bei 5 Mk. Durchschnittsverdienst 25000 Mk. Lohnausfall aus, der aber in den Steuerlisten bei jedem einzelnen mit aufgeführt worden ist. Lediglich aber nur deswegen, weil zurzeit der Anfertigung der Steuerlisten der Betrieb wieder voll ging und der zu jener Zeit verdiente Tage- oder Wochenlohn einfach mit 300 oder mit 52 multipliziert wurde. Da bei den niedrigen Steuerklassen die Zwischenräume nur gering sind, können 100 Mark leicht eine oder zwei Klassen ausmachen, die der Arbeiter dann mitbezahlen soll. Aber auch bei kleineren gelegentlichen Ausfällen kann schon eine niedrigere Steuerklasse in Frage kommen. Man sieht, dieser Mehrbetrag für den Arbeiter erstet nur aus der Bequemlichkeit des Unternehmers. Es ist für ihn leichter,

einen Wochenlohn einfach mit 52 zu multiplizieren, als 52 Wochenlöhne nacheinander zu addieren.

Aber auch mit den gesetzlich zulässigen Abzügen, den Beiträgen für Kranken- und Invalidenkasse, verfährt der Unternehmer sehr einfach, indem er sie oftmals ignoriert und nicht in Abzug bringt.

Nun hat ja freilich der Arbeiter das Recht der Reklamation. Viele Arbeiter werden es zweifellos weitgehend ausnützen. Schwieriger wird aber die Sache schon bei dem, der eine Reklamation nicht selbst anfertigen kann. Nicht immer hat er einen genügend schriftkundigen Kollegen zur Seite, noch seltener ein Arbeitsekretariat. Von Reklamationsbüros wird er vielfach nur ausgenutzt. So ist oftmals eine Reklamation mit nicht geringen Schwierigkeiten verknüpft. Wo sie aber wirklich angewandt wird, verursacht sie viel unnütze Arbeit, lediglich durch die falschen Deklarationsmethoden der Unternehmer. Dabei ist natürlich immer vorausgesetzt, daß der Arbeiter auch wirklich seinen zu hohen Steuerbetrag erkennt. Ist die Reklamation nun wirklich angefertigt, so ist sie oftmals wegen der *eigenartigen Praktiken der Steuerbehörden erfolglos*. Sie werden immer die Einkommenssumme, die sie vom Steuerzahler erfahren können, der Einschätzung zugrunde legen. Ist die Lohnsumme, die der Unternehmer für den Arbeiter angegeben, für 1910 höher als die aus dem Jahr 1909, so wird die Steuerbehörde den Betrag von 1910 als Grundlage benutzen. Wird nun aber reklamiert, indem man einen Lohnausfall angerechnet wissen möchte, den man 1910 erlitten hat, so bekommt man zur Antwort, daß dem Steuerbetrage von 1911 nicht der Jahresverdienst von 1910 zugrunde zu legen ist, sondern der vom vergangenen Jahre, also 1909. Kommt also die Steuerbehörde besser weg mit dem Jahresverdienst vom vergangenen Jahre, so wird dieser zugrunde gelegt, reklamiert man aber gegen diese Einschätzung, dann heißt es, der Jahresverdienst vom vergangenen Jahre zählt hier überhaupt nicht, sondern der vom vorvergangenen Jahre. Reklamiert man nun im nachfolgenden wieder auf seinen Ausfall hin, so wird der Einspruch wohl in den meisten Fällen beachtet. Wenigstens wird diese Praxis von den sächsischen Steuerbehörden geübt, und zwar für sie mit großem Erfolge. Denn hat der Arbeiter im nachfolgenden Jahre erfolglos reklamiert, so hat er im übernächsten Jahre seinen Ausfall verschmerzt, und unterzieht sich darum der zweifelhaften Mühe einer zweiten Reklamation garnicht erst wieder. Er bezahlt dann noch einigem Murren einfach seine Steuern für Einkommen, daß er in Wirklichkeit nicht verdient hat, so hatte ein Unternehmer seine Arbeiter *12 Wochen lang ausgesperrt*. Die in Frage kommenden 50 Arbeiter reklamierten zum großen Teil bereits im nächstfolgenden Jahre. Sie wurden jedoch von der Steuerbehörde, wie oben geschildert, nicht ein weiteres Jahr verwiesen. Nunmehr reklamierten nur noch zwei Arbeiter. Diese beiden hatten vollen Erfolg. Die anderen aber unterzogen sich nicht mehr dieser Mühe und mußten folglich den ausgefallenen Lohn mit versteuern.

Diesen Unbelständen könnten wir aber begegnen, wenn wir streng darauf achten würden, daß der Unternehmer die Wochenlöhne nicht einfach multipliziert, sondern ordnungsgemäß addiert. Dann würde genau jeder auch noch so geringe Lohnausfall registriert werden und damit nicht selten das Steuerlohn auf dasjenige Niveau gebracht, das dem wirklichen Einkommen entspricht. Denn nicht ein Aktivposten, sondern nur das wirkliche Einkommen kann gerechterweise versteuert verlangen. Darauf achten, daß die Deklarationspraxis von den Unternehmern rational geübt wird, ist eine dringende Aufgabe der Arbeitersausschüsse. Sie haben mit ihrer Energie und mit vollem Recht in jedem einzelnen Unternehmen zu fordern, daß die Wochenlöhne nicht einfach multipliziert, sondern ordnungsgemäß addiert werden. Damit ersparen sie den Arbeitern nicht nur manche Mühe, sondern helfen ihnen auch manches Zehnmarkstück ersparen, daß ihnen sonst unter Umständen verloren gehen könnte.

H. S.

Allgemeines.

Teil für die

gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Die Bildungsarbeit der Berliner Filialen.

IV.

Nach den Schilderungen der bisher vom Bildungsausschuß unserer Berliner Kollegen in den letzten Monaten durchgeführten Wege geleiteten Bildungsarbeit bleibt uns noch übrig, eine Uebersicht über die im kommenden Winterhalbjahr der Tätigkeit des Ausschusses geplanten Veranstaltungen zu geben. Jedes Winterprogramm schon längere Zeit vor dem Beginn jedes Winterhalbjahres ausgearbeitet und als handliches Heftchen an die

Berliner Kollegen verteilt wird, ist die Bekanntgabe der Pläne für die kommende Arbeitsperiode schon jetzt möglich.

Während das dritte Winterhalbjahr durch eine künstlerisch-gesellige Veranstaltung geschlossen wurde, soll das vierte durch eine derartige Veranstaltung eröffnet werden. Und zwar ist ein Hans Sachs-Abend geplant, der durch einen Vortrag über Hans Sachs eingeleitet und durch die Aufführung mehrerer Schwänke und durch Rezitationen von Gedichten des Schusters und Poeten aus der Blüteperiode des Mittelalters ausgestaltet werden soll. Der Abend ist als eine in sich geschlossene, künstlerische, gesellig-heitere Darbietung gedacht.

Im Mittelpunkt der kommenden Arbeitsperiode werden aber wie bisher zwei Vortragszyklen stehen. Im ersten sollen die politischen Parteien und ihre ökonomischen Voraussetzungen und Grundfragen behandelt werden, wobei der historische Materialismus, der im vorigen Winterhalbjahr durch den Grunwaldschen Zyklus den Hörern erklärt worden ist, Schlüssel und Richtschnur bilden wird. Der Ausschuß hielt sich in Anbetracht der Reichstagswahlen, die Anfang 1912 stattfinden werden, zur Veranstaltung dieser Vortragsfolge für verpflichtet, um auch zu seinem Teil so viel als möglich dazu beizutragen, die Arbeiterschaft mit geistigem und wissenschaftlichem Rüstzeug für den kommenden Wahlkampf zu versehen. Mit dem Grunwaldchen Zyklus der vorigen Arbeitsperiode steht der neue Zyklus dadurch in einem gewissen Zusammenhange, als er die Grunwaldschen Untersuchungen politischer Probleme mit der historisch-materialistischen Methode erweitert und auf ein großes politisches Gebiet ausdehnt.

Im zweiten Zyklus des vorigen Winterhalbjahrs hatte die Genossin Dr. Rosa Luxemburg das große weite Gebiet der »Allgemeinen Wirtschaftsgeschichte« behandelt. Ihre hochinteressanten und lehrreichen Darlegungen konnten das Thema im wesentlichen aber nur bis zum Ausgang des Mittelalters — Zunfthandwerk des Mittelalters: Entstehung der Städte im Mittelalter; Klassenkämpfe in der mittelalterlichen Stadt; Zunftorganisationen; wirtschaftliche und politische Ergebnisse der Städteentwicklung — umfassen. Die Entwicklung des modernen Kapitalismus mußte fast ganz unberücksichtigt bleiben, weil dieses Thema einen Vortragszyklus für sich ausgefüllt hätte; es konnte in den vier Vortragsabenden über die allgemeine Wirtschaftsgeschichte nur kurz skizziert werden. An den Luxemburgschen Zyklus wird sich nun im kommenden Winterhalbjahr eine Vortragsfolge angliedern, die durch eine Schilderung des Kapitalismus vom mittelalterlichen Handwerk bis zu den modernen Kapitalkonzentrationen und durch eine Darlegung der Tendenzen dieser Entwicklung die wirtschaftsgeschichtlichen Abhandlungen bis zur Jetztzeit weiterführen soll.

Neben diesen beiden Vortragszyklen sind auch für das kommende Winterhalbjahr wieder mehrere Einzelvorträge vorgesehen. Zunächst ist ein großer populär-wissenschaftlicher Experimentavortrag über »Flüssige Luft« geplant, der Ende 1911 stattfinden soll.

Ein Lichtbildervortrag über »Märkische Wanderungen« soll Ende März 1912 stattfinden und das Programm abschließen. Er soll die Teilnehmer in die Schönheiten der Mark Brandenburg, ihre geologischen Verhältnisse, ihre Tier- und Pflanzenwelt einführen und zur Ausnutzung der von Veranstaltungen des Ausschusses freien Sommermonate zu Wanderungen in der schönen, aber von vielen verkannten, wald- und seenreichen Mark anregen.

Dieser Vortrag soll ergänzt werden durch eine Führung durch das hochinteressante Märkische Provinzial-Museum. Neben dieser Exkursion sind im kommenden Winterhalbjahr Führungen durch den Zoologischen Garten

und durch die Museen für Meereskunde und für Post und Verkehrswesen geplant.

Von der Ausschreibung eines Wettbewerbes wie in früheren Arbeitsperioden hat der Ausschuß diesmal Abstand genommen. Dafür wird zum Zwecke der Förderung der Berufsbildung eine auf Anregung des Ausschusses von den Filialverwaltungen in die Wege geleitete Sammlung hervorragender Erzeugnisse aller Zweige unseres Gewerbes an mehreren Tagen ausgestellt werden; in dieser Ausstellung werden nicht nur fertige Drucke, sondern auch die verschiedenen Druckträger usw. zu sehen sein. Durch erklärende Vorträge hervorragender Fachleute soll die durch die Ausstellung beabsichtigte Anregung zur Pflege der Fachbildung unterstützt und ihrer praktischen Verwirklichung der Boden geebnet werden.

Alles in Allem ist also das Programm des Berliner Bildungsausschusses auch für das kommende Winterhalbjahr bei aller Geschlossenheit und Folgerichtigkeit außerordentlich mannigfaltig. Möchte die Berliner Kollegenschaft das ernste Streben des Ausschusses, Quellen zu öffnen zur Verbreitung und Befruchtung von Bildung und Aufklärung, nach wie vor durch rege Beteiligung an allen Veranstaltungen tatkräftig fördern und unterstützen.

Damit wollen wir unsre Abhandlung über die Arbeit, die der Bildungsausschuß unserer Berliner Filialen in den ersten drei Jahren seiner Tätigkeit leistete und die er für die kommende Arbeitsperiode plant, schließen. Es geschieht mit dem Wunsche, daß die Artikel den Kollegen anderer Orte Anregungen und Fingerzeige für die Ausgestaltung ihrer Bildungsarbeit geben möchten. In Berlin wurden die Gesichtspunkte, die der Dresdener Gewerkschaftskongreß für die Bildungsarbeit der Gewerkschaften zeichnete, bereits praktisch durchgeführt. Möchten die Darlegungen zu einer allgemeinen Durchführung der Dresdener Resolution in unserer Kollegenschaft beitragen.

Zum Streik in Gera.

In Nummer 28 der »Gr. Pr.« erschien ein Bericht über die Ursachen des Ausstandes in Gera. Eine der Firmen hat uns in schärfer Weise herausgefordert und die Selbsttötung gebot, hier abermals einzugreifen. Es folgten auch am 5. Juli Verhandlungen, die für das Wesen des Schutzverbandes geradezu typisch sind. Wie oft haben wir schon gehört, daß der Schutzverband rückständige Verhältnisse nicht schützen will. Wie oft wurde uns erklärt, daß der Schutzverband seine programmatische Aufgabe darin erblickt, das Gewerbe zu schützen. Noch nie aber hat der Schutzverband das Visier so geöffnet, wie im Falle Gera. Der Schutzverband ist keine Vereinigung zum Schutze des Gewerbes, sondern ein Gebilde zur Niederhaltung der Arbeiter! Dank, ihr Herren, daß das wahre Gesicht just jetzt zum Vorschein kam.

Gera war schon immer berüchtigt, daß es ungeheuerliche Lehrlingszucht treibt und ganz schlechte Löhne zahlt. Letzteres ist auch jetzt noch der Fall. Betrug doch der Durchschnittslohn der Lithographen vor der Bewegung nur 24,65 Mk. und der der Steindrucker 27,52 Mk. Als sich nun die Firmen durch ihr Verhalten außerhalb der Abmachung vom 19. Mai setzten, waren wir auch nicht mehr gebunden und stellten abermals Lohnforderungen in Höhe von rund 100 Mk. pro Woche für alle Beteiligten. Da boten denn die Unternehmer zu den schon bewilligten 7 Mk. noch ganze 12 Mk. Der Gesamtdurchschnittslohn hätte sich dadurch von 26,69 auf 27,07 Mk. gehoben. Für eine solche Verbesserung hatte aber kein Gehilfe Verständnis. Darüber schreibt nun das Schutzbandsorgan: »Diese Forderungen wurden von schutzverbandswegen zurückgewiesen, die Geraer Mitglieder des Schutzverbandes erklärten sich jedoch bereit, eine Anzahl von Lohnzulagen freiwillig zu bewilligen, welche die in der ersten Verhandlung zugestandenen Lohnzulagen um das Doppelte übertrafen.« Dank, ihr Herren, daß ihr rückständige Verhältnisse nicht schützt! So frisiert die Aufmachung auch ist, die Arbeiter wissen, daß es erst 7 und dann 12 Mk. waren. Dabei hat Gera in der amtlichen Statistik der Lebensmittelpreise durchgängig höhere Zahlen als Berlin und Leipzig. Der Fall wird aber auch vom Schutzbandsorgan als klassischer Beweis dafür angesehen, was von Vereinbarungen mit der — Gehilfenschaft zu halten sei. Das ist auch nicht schlecht!

So macht denn der Schutzverband die Geraer Sache zur Seinigen. Er ist schreiblustig und ladet in der bürgerlichen Lokalpresse seine Geistesblitze ab. Da wird in weinerlicher Weise dargetan, wie die Gehilfen durch passive Resistenz die Begriffe von Mein und Dein schier verwechselt haben und anderes mehr. Der Schutzverband tritt aber auch aktiv auf und schickt, wie uns glaubhaft versichert wird seine gelben Schützlinge zum Streikbruch nach Gera. Wir werden noch zu hören bekommen, welche Last die Segnungen des Schutzverbandes für die Geraer Betriebe sind. Der rollende Robel soll diese armen Hungerleider bestechen. Da ist es Geld in Hülle und Fülle. Und man muß sagen, die Unternehmer lassen sich den Krieg etwas kosten. Bessere Löhne, Verpflegung in den Betrieben und spottschlechte Arbeit. Da wäre der Vergleich mit den Arbeitern doch billiger gewesen. Schade, daß der Hintze mit seinen Siebenmonatskindern jetzt nicht zur Verfügung steht; diese konnten ja auch lithographieren. Nun haben aber auch diese Leute nichts genutzt, denn die Hilfsarbeiterinnen weigerten sich, mit diesen Leuten zusammen zu arbeiten. Dadurch ist eine weitere, von uns nicht gewollte Verschärfung im Kampfe eingetreten, dessen heitere Episoden uns demnächst beschäftigen werden. Der Kampf geht weiter und jeder ehrliche Arbeiter meidet Gera.

Die Arbeitslosenunterstützung der graphischen Gewerkschaften Großbritanniens.

Um festzustellen, in welchem Umfange die geplante Staatsubvention an Arbeitslosenkassen vorerst zu gewähren wäre, hat das britische Arbeitsamt eine Untersuchung über die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung vorgenommen, deren Ergebnisse kürzlich veröffentlicht wurden. (Tables showing the Rules and Expenditure of Trade Unions in Respect of Unemployed Benefits etc.; London 1911, IV u. 327 S.) Von allen 2358040 Mitgliedern der in Großbritannien und Irland bestehenden Gewerkschaften hatten zur Zeit der Durchführung der amtlichen Erhebung 1455884 auf Arbeitslosenunterstützung am Ort in der gewöhnlichen Form — und teilweise auch auf Reiseunterstützung — einen statutenmäßigen Anspruch; 118842 Mitglieder waren nur zum Bezuge von Reiseunterstützung berechtigt; 53286 Mitglieder konnten Arbeitslosenunterstützung nur dann beziehen, wenn sie indirekt von Ausperrungen betroffen wurden; 17955 wenn Infektionskrankheiten in der Familie zur Arbeitsunterbrechung zwangen (meist Kleidermacher) und 31984 hatten nur auf gelegentliche Arbeitslosenunterstützung Anrecht, nicht auf bestimmte Leistungen.

Das Ausmaß der Arbeitslosenunterstützung am Ort ist im allgemeinen höher als bei den kontinentalen Gewerkschaften; es betrug im Maximum bis zu 5 s in der Woche für 149506 Mitglieder, über 5 bis 8 s für 158916, über 8 bis 9 s für 200460, über 9 bis 10 s für 606452, über 10 bis 12 s für 127625, über 12 bis 15 s für 142090 und über 15 s wöchentlich für 26469 Mitglieder. In vielen Organisationen wird nach gewisser Dauer der Arbeitslosigkeit ein verkürztes Unterstützungsmaß gezahlt. Die Bezugsdauer ist gewöhnlich ziemlich lang; nur 184832 Gewerkschaftsmitglieder konnten Arbeitslosenunterstützung weniger als 10 Wochen hindurch beziehen, 327043 aber 10—13 Wochen, 484450 14—26 Wochen, 79418 27—39 Wochen und 341415 40—52 Wochen hindurch; bei einigen Verbänden darf die Unterstützung, wenn die Arbeitslosigkeit so lange dauert, sogar über ein volles Jahr bezogen werden.

In allen graphischen Gewerben hatten 68058 von insgesamt 72509 organisierten Arbeitern ein statutarisches Recht auf Arbeitslosenunterstützung am Ort; das Maximummaß der Unterstützung betrug bis zu 5 Schill. wöchentlich für 536 Arbeiter über 6 bis 7 Schill. wöch. „ „ 1340 „ „ 7 „ 8 „ „ „ 2907 „ „ 8 „ 9 „ „ „ 10213 „ „ 9 „ 10 „ „ „ 29575 „ „ 10 „ 11 „ „ „ 1815 „ „ 11 „ 12 „ „ „ 5782 „ „ 12 „ 15 „ „ „ 15792 „ „ 15 Schill. wöchentlich „ „ 50 „

Bei einer Organisation der graphischen Arbeiter (48 Mitglieder) ist das wöchentliche Unterstützungsmaß nicht bestimmt. Die Unterstützungsdauer war bei 348 Mitgliedern unbestimmt, 13475 konnten Arbeitslosenunterstützung am Ort bis zu 9 Wochen im Jahr beziehen, 12818 10—13 Wochen, 39428 14—26 Wochen, 176 27—38 Wochen, 1155 40—51 Wochen und 658 52 Wochen. Eine längere als halbjährige Unterstützungsdauer ist bei den Gewerkschaften der graphischen Arbeiter verhältnismäßig selten.

Von den acht Gewerkschaften der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe zahlen alle Arbeitslosenunterstützung am Ort, aber nur eine auch Reiseunterstützung; die »Walze« ist in Großbritannien schon seit langen Jahren nicht mehr Brauch, so daß viele Gewerkschaften, die ehemals die Reiseunterstützung pflegten, sie aufgehoben haben. Die Amalgamated Society of Lithographic Printers (Zentralverband der Steindrucker), die an Reiseunterstützung 1 s 6 d (1,50 Mk.) pro Tag sechs

Wochen hindurch gewährt, wozu ein Abreisegeld von 20 oder 25 s kommt*), gibt für diesen Zweck im Jahresdurchschnitt rund 100 Pfd. Sterling — oder etwa 2000 Mk. — aus. Reiseunterstützung wird nach 52 wöchentlicher, Arbeitslosenunterstützung am Ort aber bereits nach 26 wöchentlicher Karenzfrist gezahlt; diese beträgt:

nach 6 monat. Mitgliedschaft	5 s	durch 7 Wochen
„ 1 jähriger	10 1/2 s	„ 7 „
„ 2 „	12 s	„ 8 „
„ 3 „	13 s	„ 9 „
„ 4 „	14 s	„ 10 „
„ 5 „	14 s	„ 13 „

Da die Mitgliederfluktuation relativ klein ist, so steht die Mehrzahl der verbandsangehörigen Kollegen in den höheren Unterstützungsklassen.

Der Londoner Lokalverein der Steindrucker (London Society of Lithographic Printers) zahlt nach 52 wöchentlicher Mitgliedschaft 10 Wochen lang 10 s und weitere 10 Wochen hindurch 5 s als Arbeitslosenunterstützung. Beim Lithographenverband (Amalgamated Society of Lithographic Artists etc.) währt die Unterstützungsdauer nach 52 wöchentlicher Organisationsangehörigkeit ebenfalls 20 Wochen, aber das Unterstützungsmaß ist abgestuft; in den ersten vier Wochen stellt es sich auf 12 s wöchentlich, in der 5.—8. Woche auf je 10 s, in der 9.—12. Woche auf je 8 s und darnach auf je 4 s. Wenn die Arbeitslosigkeit durch Aussperrung in einem anderen graphischen Gewerbe veranlaßt wurde, so werden für die Dauer der Arbeitslosigkeit wöchentlich 25 s gezahlt.

Von den kleineren Organisationen gewährt der Verein der Steinschleifer etc. nach einjähriger Mitgliedschaft 8 s durch 6 Wochen und nach fünfjähriger Mitgliedschaft 10 s durch 8 Wochen; der Verein der Musiknotenrucker zahlt nach 1 jähriger Mitgliedschaft 8 Wochen lang 10 1/2 s, nach zwei Jahren 10 Wochen lang 12 s, nach drei Jahren 12 Wochen lang 13 s und nach fünf Jahren 14 Wochen lang 15 1/2 s; der Verein der Notenstecher nach einjähriger Mitgliedschaft 8 Wochen lang 15 1/2 s. Bei dem Verein der Kupferdrucker in London richtet sich die Arbeitslosenunterstützung nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Dauer der Arbeitslosigkeit. Alle Mitglieder, die dem Verein mindestens ein Jahr angehören, können die Unterstützung jährlich 112 Tage im vollen und weitere 112 Tage im halben Ausmaß beziehen; das volle Ausmaß beträgt nach einem Jahre 1 s im Tag, nach 1 1/2 Jahren 1 1/4 s und nach zwei Jahren 1 1/2 s im Tag. Die Statuten des Vereins der Hochpräger sehen weiter nichts vor, als daß nach 52 wöchentlicher Karenzzeit Arbeitslosenunterstützung bis zum Höchstbetrag von 7 Pfd. Sterling 4 s (144 Mk.) innerhalb 12 aufeinanderfolgender Monate bezogen werden kann.

Im Jahre 1908 zahlten an Arbeitslosenunterstützung aus: Der Verband der Steindrucker 4262 Pfd. Sterl., der Verband der Lithographen 878 Pfd. Sterl., der Londoner Lokalverein der Steindrucker 628 Pfd. Sterl., die Steinschleifer 52 Pfd. Sterl., die Notenstecher 20 Pfd. Sterl., die Notenrucker 96 Pfd. Sterl., die Kupferdrucker 635 Pfd. Sterl. und die Hochpräger 17 Pfd. Sterl., zusammen gaben die acht Gewerkschaften zur Unterstützung Arbeitsloser 6588 Pfd. Sterl. oder etwa 132000 Mark aus. Ihre Mitgliederzahl war 7214, so daß auf jedes Mitglied über 18 Mk. kamen. In diesem Zusammenhang soll bemerkt werden, daß die zwei Organisationen der Steindrucker und die Lithographen auch Kranken-, Alters- und Ablebensunterstützung sowie einige minder wichtige Unterstützungsarten pflegen, die Notenstecher und Steinschleifer Kranken- und Ablebensunterstützung, wogegen in den übrigen Vereinen das Unterstützungswesen wenig ausgebildet ist. Der regelmäßige Wochenbeitrag stellt sich im Zentralverband der Steindrucker auf 11 d oder zirka 92 Pf. (wozu noch die Steuer für den Wohltätigkeitsfonds kommt), beim Londoner Steindruckerverein auf 1 s, bei den Lithographen auf 6—9 d (50—75 Pf., je nach dem Beitrittsalter), die Kupferdrucker erheben monatlich 3 1/2 s, die andern Vereine wöchentlich 1/2 s.

Die geplante Staatsubvention der Arbeitslosenkassen wird eine sehr bescheidene sozialpolitische Leistung sein, vorausgesetzt, daß sie überhaupt verwirklicht wird. In dem Entwurf eines »nationalen Versicherungsgesetzes« heißt es nämlich im § 81: »Das Handelsministerium kann periodisch — mit Genehmigung des Schatzamtes — unter den von ihm vorschreibenden Bedingungen — einen Teil, aber in keinem Fall mehr als ein Sechstel, des Gesamtbeitrages zurückzahlen, den nicht um Gewinn tätige Verbände während des vorausgegangenen Jahres oder eines anderen Zeitschnittes zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder verausgaben. Unterstützungsbeiträge von mehr als 12 Schill. pro Person und Woche kommen bei Bemessung der Staatsubvention nicht in Anrechnung.« Da alle britischen Gewerkschaften im Krisenjahr 1908 für Arbeitslosenunterstützung am Ort und auf der Reise, einschließlich Umzugskosten, Fahrtenschädigungen und Auswanderungsunterstützung, die Summe von 1254000 Pfd. Sterl. verausgaben, so hätte die Staatsubvention in jenem Jahre im Höchstfall 209000 Pfd. Sterl. betragen; die acht graphischen Gewerkschaften hätten davon nicht mehr als 1094 Pfd. Sterl. bekommen können. Dafür sich der Staatskontrolle

*) Wer das Abreisegeld nicht bezieht, hat bei der Rückkehr von der Wanderschaft auf Arbeitslosenunterstützung am Ort Anspruch.

zu unterstellen, werden wohl nur wenige Gewerkschaften gesonnen sein.

Außerdem soll für gewisse Wirtschaftszweige, nämlich Baugewerbe, Schiffbau, Maschinen- und Waffenfabrikation und Wagenbau, die obligatorische Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden. Bei einem Gesamtbeitrag von 6 2/3 d pro Person und Woche würde das Unterstützungsausmaß 6 oder 7 s und die Unterstützungsdauer längstens 15 Wochen in 12 Monaten betragen, doch soll nicht mehr als eine Unterstützungswoche auf je fünf Beitragswochen treffen dürfen. Die Verwaltung der Arbeitslosenunterstützung soll Sache der staatlichen Arbeitnacheise sein; in gewissen Fällen kann den Gewerkschaften der versicherten Arbeiter die Auszahlung der staatlichen Unterstützung an ihre Mitglieder zugestanden werden.

Ortsberichte.

Saalfeld. Eine anerkennenswerte, sehr zeitgemäße Aenderung in diesen heißen Tagen hat die Firma August Jüttner getroffen. Sie läßt nach dem alten Sprichwort: »Morgenstunde hat Gold im Munde« zeitig anfangen und mittags, bei Einsetzen der größten Hitze, Schluß machen. Dabei hat sie bei dieser durchgehenden Arbeitszeit die Gesamtdauer für Lithographen und Steindrucker um eine halbe Stunde verkürzt.



Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Die Lithographin.

In bürgerlichen Tagesblättern und Familienschriften konnte man in letzter Zeit wieder recht oft Notizen finden, worin den Frauen, die sich einen Erwerb suchen müssen, der »gute Rat« erteilt wird, sich in der Lithographie zu betätigen.

Daß man sich an jenen Stellen überhaupt bemüht fühlt, den Frauen hin und wieder Anweisungen zu geben, wie sie sich in der Industrie oder im Handwerk eine Erwerbsquelle verschaffen können, beweist uns, daß man nachgerade auch im Bürgertum zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß die kapitalistische Entwicklung für Millionen Frauen ein unhaltbarer Zustand eingetreten ist. Vor den laut redenden Tatsachen die Augen und Ohren zu verschließen, das ist eben auf die Dauer niemandem möglich! Man muß schließlich zugeben, daß sich kaum in einem früheren Zeitalter die Frauen im allgemeinen im Vergleich zum Stande der gesamten Kulturentwicklung in einer so schlimmen Lage befunden haben, wie gegenwärtig, und daß es notwendig sei, zu untersuchen, wie man die Lage der Frauen verbessern könne, insofern sie auf sich selbst für ihr Leben angewiesen bleiben. Auch der vorbohrteste Philister sieht allmählich ein, daß die Rückwärtsentwicklung vielgebrauchte Redensart, daß die Frau ausschließlich ins Haus, an den Herd gebunden ist, einer totalen Verkennung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse entspringt, daß vielmehr heute viele Frauen aus verschiedenen Gründen gar nicht in der Lage sind, den ihnen zugewiesenen »Naturberuf« zu erfüllen.

Von den freien Gewerkschaften ist es schon längst als eine notwendige Folge der kapitalistischen Entwicklung erkannt worden, daß die Frau immer mehr und mehr in das Erwerbsleben gedrängt wird. Im Gegensatz zu gewissen verbodenen Zünftlerideen ist es ihnen daher auch noch nie eingefallen, gegen diese Erscheinung im Wirtschaftsleben zu wenden. Sie sind im Gegenteil stets und ständig dafür eingetreten, daß der Frau alle die Arbeitsmöglichkeiten, für die ihre Kräfte und Fähigkeiten ausreichen erschlossen würden. Dies taten sie, obwohl sie wußten, daß durch diese Zulassung der Frau in vielen industriellen und gewerblichen Tätigkeiten der Konkurrenzkampf der Arbeitskräfte zu einem wilderen Wüten entfesselt wird, was zu der notwendigen Folge führt: Herabdrückung des Einkommens der Männer und der Frauen. Steht doch widerleglich fest, daß überall dort, wo die weibliche Arbeitskraft angewendet wird, sie in der männlichen Arbeitskraft freisetzt. Die so verdrängte männliche Arbeitskraft will leben, sie bietet sich einem geringeren Lohne an. Und dieses Angebot drückt wieder auf die Löhne der Frauen. Durch diese Wechselwirkung wird das Herabdrücken der Löhne fast eine Schraube ohne Ende!

Bei dieser Wirkung der Frauennarbeit ist es erklärlich, daß die Männerwelt, die unter der Konkurrenz der erwerbstätigen Frau sehr zu leiden hat, im allgemeinen sehr wenig darüber erbaut ist, wie die Frauennarbeit auf allen Gebieten der gewerblichen

lichen Tätigkeit einen immer größeren Umfang einnimmt. Und hier und da hat dieses Mißverhältnis bei verständnislosen Leuten zu dem Verlangen geführt, man solle die Frauenarbeit ganz unterdrücken und gesetzlich verbieten.

Und dennoch hat die lohndrückende Wirkung der Frauenarbeit die freien Gewerkschaften noch zu keiner Zeit verlassen können, sich gegen das Eindringen der Frau in die Industrie und das Handwerk zu wenden, und zwar aus menschlichen und noch aus rein praktischen Gründen. Aus ihrer Tätigkeit haben die freien Gewerkschaften die Erfahrung gewonnen, daß es grundverkehrt wäre, wenn sie sich, um eine Entwertung der männlichen Arbeitskraft zu verhindern, für ein Verbot der Frauenarbeit einließen. Ein solches Verbot könnten sie bei den heutigen Machtverhältnissen auch gar nicht durchsetzen. Die freien Gewerkschaften sind sich bewußt, daß eine Entwertung der männlichen Arbeitskraft am wirksamsten dadurch verhindert werden kann, daß man für die Arbeitskraft der Frau die gleichen Preise durchsetzt und im übrigen dahin strebt, daß durch strenge Fabrikgesetze und sonstige Machtgebote das Uebermaß der Ausbeutung der Frau verhindert werde. Um alles dies zu erreichen, ist natürlich vor allen Dingen nötig, die erwerbstätigen Frauen sämtlich den Gewerkschaften zuzuführen. Also nicht durch ein Verbot der Frauenarbeit, durch eine Wiederaufrichtung von Zunftschranken bei der Arbeitskraft des Mannes vor einer Entwertung zu schützen, sondern durch eine Einbeziehung der erwerbstätigen Frau in den Gewerkschaftskampf. Gehen die Gewerkschaften so vor und sorgen sie für eine angemessene Bezahlung der Frauenarbeit, dann verhindern sie auch am besten, daß die Frau zu weit in das Gewerbeleben eindringt. Denn in der Regel wird die Frau neben dem Manne oder an seiner Statt nur dort Beschäftigung finden, wo ihre materiellen Anforderungen geringer sind als die des Mannes.

Wenn wir nun zu den eingangs erwähnten Notizen in bürgerlichen Tagesblättern und Familienschriften, worin den Frauen empfohlen wird, sich der Lithographie zuzuwenden, Stellung nehmen, geschieht dies also nicht deshalb, weil wir ein Eindringen der Frau in unsern Beruf fürchten, sondern lediglich aus dem Grunde, weil in den betreffenden Notizen den Frauen total falsche Vorstellungen über unsern Beruf beigebracht werden und ihnen Versprechungen gemacht werden, die sich nach Lage unser Berufsverhältnisse nie erfüllen können. Unsere Stellungnahme zu jenen unverantwortlichen Behauptungen geschieht im Interesse der Frauen selbst! Wir wollen verheßen, daß sie durch eine Befolgung jener falschen Ratschläge sehr geschädigt werden!

Aus den Sektionen.

Leipzig. In letzter Zeit erschienen wiederholt Gerüchte, durch die Lithographen nach Leipzig für Lohn- oder Akkordarbeit gesucht wurden. Wir empfehlen deshalb wiederholt darauf aufmerksam, daß Akkordarbeit untersagt ist und daß die Nichtbefolgung dieses Verbots die statutarischen Folgen nach sich zieht. Wer sich nicht als Schädling selbst außerhalb der Reihen der Kollegen stellen will, der lasse sich nicht zur Akkordarbeit verleiten.

Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen.
Zentralnachsicht: Wilhelm Hähnlein, Berlin N. 28.
Anklamerstr. 27, 1. — Telefon-Amt III. 5246.

Die Berufskrankheiten der Photographen.

Jeder Beruf, sowohl der des geistigen Arbeiters, als der des Handarbeiters ist gewissen gesundheitsschädigenden Einwirkungen ausgesetzt. Kehren diese regelmäßig wieder, so sind sie imstande, die sogenannten Berufskrankheiten zu erzeugen, die in Erkrankung- und Sterblichkeitsstatistik zum Ausdruck kommen, allerdings nicht in reiner Form, sondern auf das Zustandekommen von Krankheiten wirken außer den beruflichen Verhältnissen noch viele andere mit: die häuslichen Verhältnisse, die gesamte Lebensweise, die Wohnung, die Ernährung, der Erbsichtheit und Konstitution. Wenn demnach ein Beruf sich durch eine hohe Erkrankungsziffer im Vergleich zu einem anderen auszeichnet, so ist damit noch nicht gesagt, daß da gerade der Beruf im hervorragendem Maße oder gar ausschließlich die Schuld tragen müsse.

Was die Berufsgefahren der Photographen anbelangt, so führt der bekannte Gewerbehygieniker Professor Sommerfeld in Berlin folgende auf: Vergiftungen durch unvorsichtiges Umgehen mit giftigen Chemikalien, Hautentzündungen durch einzelne

Entwicklungsflüssigkeiten, Anstrengung der Augen und Schädigung derselben durch wechselnde Lichtintensitäten.

Von den Giften ist das wichtigste das Kaliumcyanid (Cyanalkalium), welches die Photographen gebrauchen, um die Chlor-, Jod- und Bromsilbersalze aufzulösen. Vergiftungen mit Kaliumcyanid können nun in verschiedener Weise zustande kommen. Abgesehen von den absichtlichen Vergiftungen zu Selbstmordzwecken, wozu das Kaliumcyanid von den Photographen mit Vorliebe gewählt wird, können solche durch Verwechslungen vorkommen oder auch ohne solche durch unvorsichtiges Hantieren mit denselben. Ja, auch abgesehen davon kann das Kaliumcyanid Giftwirkungen erzeugen durch eine bloße Beschäftigung mit ihm. Die Franzosen Duchesse und Michel geben an, daß Photographen infolge ihrer Beschäftigung mit Kaliumcyanid oft Zucken in den Händen, Schmerzen in denselben mit Rötung und Schwellung der Haut bekommen. Waschen sie sich dann, wie das häufig geschieht, mit Weinessig, so wird Blausäure frei, die, eingeatmet, Veranlassung gibt zum Entstehen anderer Störungen, wie Frösteln, Blässe, Kühle der Extremitäten. Eine Kaliumcyanidvergiftung kann auch entstehen, wenn die Lösung mit verletzten Fingern in Berührung kommt.

In der Gesellschaft sächsisch-thüringischer Kehlkopf- und Ohrenärzte stellte Dr. Barth einen 30jährigen Photographen vor, der seit vielen Jahren mit Kaliumcyanidlösung arbeitete. Er klagte über Druck in der Stirn, Schwindel und Schwerbesinnlichkeit.

Zweifellos scheint eine chronische Blausäurevergiftung vorzukommen, die sich wesentlich in Reizerscheinungen der oberen Luftwege, in Speichelfluß, Rötung und Kratzen im Halse, Uebelkeit, Erbrechen, Kopfschmerzen, Pulsverlangsamung bemerkbar macht; auch Herzbeschwerden und hartnäckige Verstopfung werden angegeben. Ob aber alle Erscheinungen, welche bei Photographen angegeben werden, die mit Kaliumcyanid zu tun haben, von der Blausäure herrühren, ist nicht in jedem Falle mit Sicherheit anzugeben.

Was die tödliche Dosis des Kaliumcyanids anbelangt, so wirken 0,15 g tödlich; wenn dagegen nach Anwendung kolossaler Mengen, z. B. nach 150 g einer 2prozentigen Lösung, dennoch Genesung eingetreten ist, so erklärt sich dies nur daraus, daß die Lösungen stark zersetzt gewesen sein müssen. Die Symptome einer akuten Kaliumcyanidvergiftung sind dieselben wie die der Blausäurevergiftung, die bekanntlich unter allen bekannten Giften an Intensität der Wirkung oben steht. Sie bestehen vor allem in einer tiefen Störung der Atembewegungen, welche entweder rasch aufgehoben oder in hohem Maße verlangsamt werden. Der Tod erfolgt unter Krämpfen. In der Regel trifft man die mit großen Mengen Kaliumcyanid vergifteten am Boden liegend ohne jedes Gefühl und Bewußtsein, unbeweglichen aus den Augenhöhlen vortretenden glänzenden Augäpfeln, blassem Gesicht, schlaffen Muskeln, mit von kühler, klebriger Schicht bedeckter Haut, mit Schaum vor dem Munde. Der Tod erfolgt bei kolossalen Mengen schon in 2 Minuten, meist in 15–20 Minuten, selten erst nach Ablauf einer Stunde. Ist er zu dieser Zeit noch nicht erfolgt, so ist die Aussicht, den Patienten am Leben zu erhalten, günstig, obschon auch einzelne Vergiftungen erst nach 36 Stunden tödlich enden und auch der Tod erst nach 36 Stunden plötzlich unvermutet eintreten kann.

Nach Layet sollen, während das Bild in der Dunkelkammer entwickelt wird, schädliche Dünste entstehen, welche Kopfschmerzen und Schwindelanfälle bewirken können.

Was die Einwirkung des Berufes auf die Augen der Photographen anbelangt, so soll das rote Licht, bei welchem der Photograph in der Dunkelkammer arbeitet, Schwachsichtigkeit, Kurzsichtigkeit und Farbenblindheit zu erzeugen imstande sein und ebenso soll das Auge oft durch den raschen Uebergang vom Dunkel ins Helle sowie durch die feineren Retuschearbeiten leiden. Die Photographen leiden vielfach an Augenentzündungen, die Retuscheure an Sehschwäche, die sich aus der starken Anstrengung der Augen entwickelt.

Was die Kurzsichtigkeit anbelangt, so kann es mit derselben bei den Photographen nicht so schlimm sein; fand sich doch im Musterbezirke Crefeld, wo eine große Zahl von Berufen bei den Gestellungs-pflichtigen auf ihre Augen untersucht wurden, unter den Photographen nicht ein einziger Kurzsichtiger, allerdings war die Zahl der untersuchten Photographen gering.

Von Hautkrankheiten sind in erster Linie die Flechten der Photographen zu nennen, welche durch den häufigen Kontakt mit den photographischen Reduktionsmitteln, vor allem der Pyrogallussäure, erzeugt werden. Diese Krankheit charakterisiert sich dadurch, daß vor allem die letzten Fingerglieder und die -Nägel, die am häufigsten mit dem Reduktionsmittel in Berührung kommen, auch am ersten und intensivsten erkranken. Aber wie bei allen gewerblichen Hautkrankheiten kann die Erkrankung mit der Zeit auch auf Teile übergehen, welche von der schädigenden Substanz nicht direkt getroffen worden sind.

Eine eigentümliche Hautkrankheit wurde bei Photographen beobachtet, welche sich zur Entwicklung von Negativen des Metalls bedienen. Das Krankheitsbild wechselt je nach Dauer der Einwirkung der Entwicklungsflüssigkeit. In leichteren Graden zeigt sich nur an den Fingerspitzen oder

ersten Fingergliedern eine verdickte Oberhaut, die sich größtenteils wie lackiert, stellenweise aber auch schmutzig abschilfernd darstellt. Diese Hautstellen sind etwas entzündlich gerötet.

Nach längerer (jahrelanger) Einwirkung des Metalls zeigt die Haut an sämtlichen Fingern beider Hände bläuliche Rötung, welche unter Fingerdruck verschwindet; die Haut ist hart und etwas verdickt, so daß die Finger vergrößert erscheinen. Die Hautoberfläche ist glatt glänzend und hat teilweise eine glasartige Beschaffenheit, so daß die Hände wie lackiert aussehen. Anfangs wird über Taubheit und Herabsetzung des Gefühls geklagt, später werden die Finger steif, dazu tritt Spannung, Jucken und Schmerzen. Das Metol wird mit Natriumsulfid und Soda oder Pottasche gemischt und als sogenannter Rapidentwickler für Bromsilber-Oelatineplatten benutzt. Daß nicht etwa die Beimischung von Soda, Pottasche oder die Manipulationen im kalten Wasser oder im Fixierbade dieses Hautleidens erzeugen, geht daraus hervor, daß fast sämtliche Entwickler in Mischung mit denselben Substanzen verwendet werden, und daß keiner der damit arbeitenden Photographen von einer derartigen Hautaffektion heimgesucht wird. Bei Fernhaltung der Schädlichkeit schwindet das Leiden in 2–3 Wochen. Die Photographen suchen sich dadurch zu schützen, daß sie die angefeuchteten Finger nach dem Entwickeln und Fixieren mit Kochsalz abreiben und dann mit frischem Wasser waschen.

Ein anderes Präparat, mit welchem die Photographen zu hantieren haben und das zu Gesundheits-schädigungen führen kann, ist Jod. Auf der Haut ruft dasselbe gelbe und braune Verfärbung hervor, dann Atzungen und Entzündungen der Haut. Späterhin schilfert die Haut in Fetzen ab. Joddämpfe, in größeren Mengen eingeatmet, rufen Kopfschmerzen hervor. Dann zeigen sich beim Gebrauch des Jods gewisse Erscheinungen, die man als Jodismus bezeichnet. Manche Personen sind so empfindlich gegen Jod, daß die geringsten Spuren von Jod ausreichen, diese Symptome hervorzurufen. Am frühesten zeigen sich die Symptome an der Schleimhaut des Atmungsapparates. Ausfluß eines dünnen Schleimes aus der Nase, der sogenannte Jodschnupfen, Schmerzen in den Stirnhöhlen, Rötung und Schwellung der Bindehaut, Tränenfluß und Husten sind die gewöhnlichen Anfangsbeschwerden. Mund und Rachenschleimhaut sind oft gerötet, ein salziger Geschmack wird empfunden, ohne daß der Appetit beeinträchtigt ist. Auf der Haut erscheinen kleine Knötchen und Pusteln. Diese können auf die Dauer in Eiterung übergehen.

Weitere Gifte, die in der Photographie Verwendung finden, sind Kaliumbichromat und Ammoniumbichromat. Die chromsauren Alkalien wirken schon äußerlich sehr schädlich, sie können Hautentzündungen, tiefgehende Geschwüre auf der Nasenschleimhaut erzeugen, ebenso können sich Geschwüre auf Händen und Armen zeigen. Auch auf Augenbindehaut und den Luftröhren finden sich geschwürige Prozesse. Auf der Haut stellen sich flechtenartige Erkrankungen ein. Werden die giftigen Salze von den Schleimhäuten aufgenommen, so entstehen schwere Magen- und Darmerscheinungen, Nervenentzündungen, die in einzelnen Fällen zum Tode führen können. Ueber die Menge der chromsauren Alkalien, die akute Vergiftung erzeugen, lauten die Angaben übereinstimmend dahin, daß schon einige Dezigramme bedenkliche, unter Umständen lebensbedrohende Erscheinungen verursachen können.

Das Quecksilberchlorid (Sublimat) ist äußerlich ein starkes Aetzmittel, innerlich ein schweres Gift. Es erzeugt, durch Versetzen innerlich genommen, starke Anätzungen im Mund, Rachen, Speiseröhren, Magen und Darm. Der Vergiftete hat einen Metallgeschmack im Munde. Es stellen sich Erbrechen und Durchfälle ein. Unter allgemeinem Kräfteverfall und Herzschwäche tritt der Tod ein. Auf der Haut erzeugt das Sublimat schwer heilende Flechten.

Das Blitzlichtpulver, eine Mischung von Kaliumchlorat und Magnesiumpulver, hat schon Veranlassung zu den allerschwersten Explosionen gegeben und ist deshalb auch mit großer Vorsicht anzuhandeln.
Dr. Hanauer.



Feuilleron.

Moderne Arbeiter-Wohnungskunst.

Man hat der modernen Arbeiterbewegung lange Zeit und immer von neuem den Vorwurf gemacht, daß sie so gar nichts fürs Gemüt tut, daß sie alles viel zu nüchtern und prosaisch, viel zu materialistisch und verstandesmäßig auffasse. Besonders die Künstlerwelt und die allerdings minder maßgebliche Welt der ästhetisch Interessierten hat ihre Gleichgültigkeit gegen die neue Bewegung mit derartigen Entschuldigungen zu bemänteln versucht. Immer heißt es: Wir sensiblen, wir ganz künstlerisch empfindenden Menschen können in diesem wilden politischen und wirtschaftlichen Kampf nicht eher etwas achtunggebietendes sehen, als bis dieser Kampf sich auch auf das Ueberleben, Faule, Morsche und Absterbende in der Kunst überträgt. Nun, heute ist ein Teil der modernen Arbeiterschaft be-

